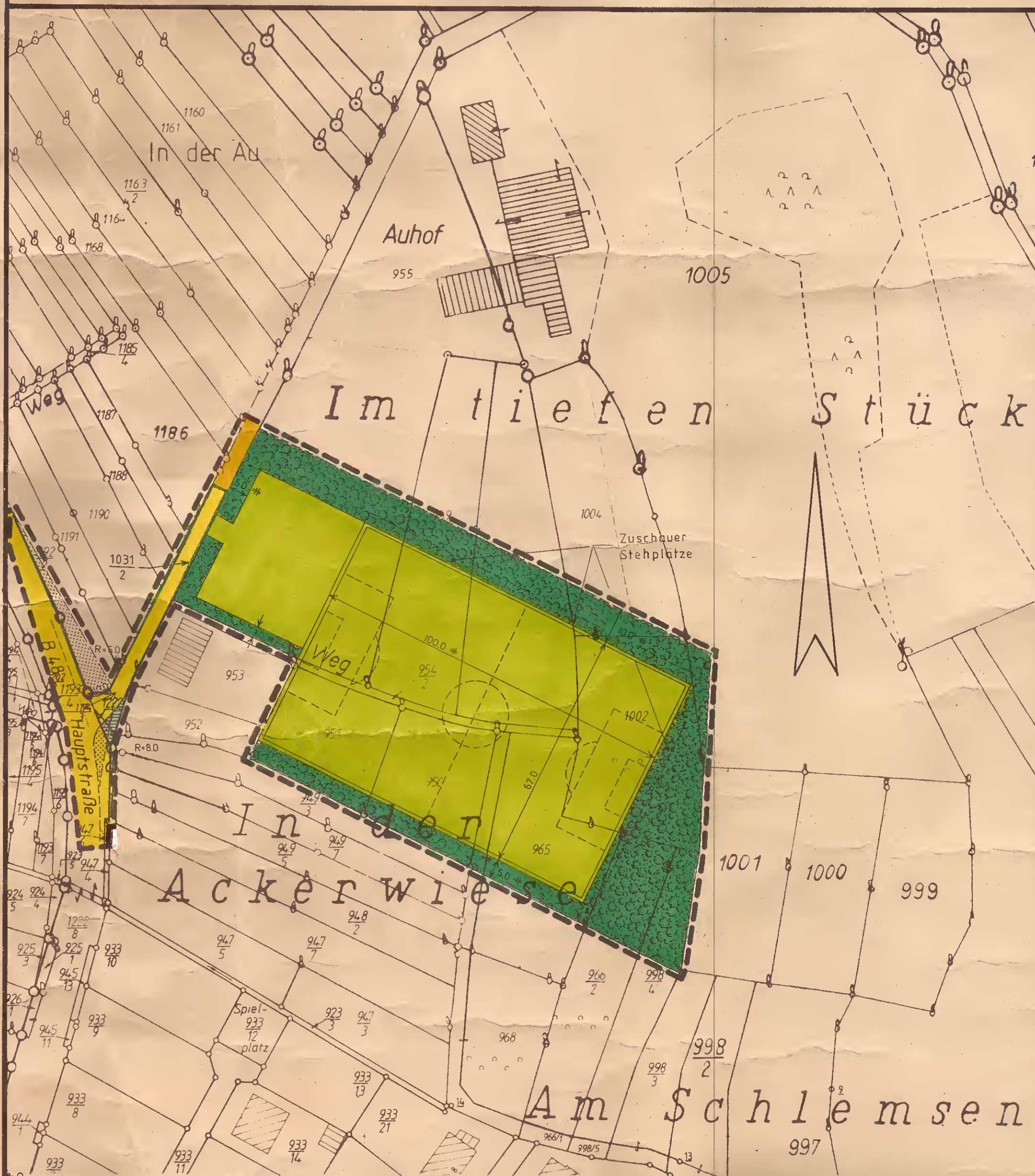


BEBAUUNGSPLAN DER ORTSGEMEINDE HOCHSTÄTTEN

FÜR DAS TEILGEBIET: „IN DER ACKERWIESE - IM TIEFEN STÜCK“

M. 1:1000

ANLAGE 1



Rechtsgrundlagen:

Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, berichtigt durch Bek. vom 20.12.1976 (BGBl. I S. 3517) geändert durch Art. 9 der Vereinfachungs-Novelle vom 03.12.1976 (BGBl. I S. 3281) und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949), insbesondere die §§ 1, 2, 2a, 8, 9 u.10.

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO-Baunutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763).

Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 27.02.1974 (GVBl. S. 53) geändert durch Gesetz vom 2. Juli 1980 (GVBl. S. 245) und durch Gesetz vom 20. Juli 1982 (GVBl. S. 264) BS 213-1.

Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1981 - PlanzVO 81 vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833).

§ 17 des Landesgesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Landespflegegesetz - LPfLG) in der Fassung vom 05.02.1979 (GVBl. S. 37).

§ 50 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) vom 15.03.1974 (BGBl. I S. 721, ber. S. 1193) zul. geändert d. Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes vom 04.03.1982 (BGBl. I S. 281), 2. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 04.10.1985 (BGBl. I S. 1950).

1. Öffentliche Grünfläche, Sportplatz (§ 9 (1) 15 BBauG)

Zulässig ist der Sportplatz einschließlich der erforderlichen zweckgebundenen Gebäude, Anlagen und Stellplätze. Die Gebäude dürfen max. 11-geschossig sein. Ziffer 2 ist zu beachten.

2. Flächen gem. § 9 (1) 25 BBauG und Maßnahmen gem. § 9 (1) 20 BBauG

Auf diesen Flächen sind Maßnahmen gem. § 9 (1) 20 BBauG zur Verbesserung des Landschaftsbildes in Form einer mehrreihigen Schutzpflanzung festgesetzt. Es sind nur heimische Laubgehölzarten zulässig. Zu jedem Bauantrag ist ein Bepflanzungsplan beizufügen. Zuschauerstehtplätze sind innerhalb dieser Flächen zulässig.

3. Flächen gem. § 9 (1) 11 BBauG

Auf diesen Flächen sind Sichtfelder festgesetzt, die eine Annäherungssichtweite gewährleisten. Eine Bepflanzung in diesem Bereich darf max. 0,8 m hoch sein.

4. Gestalterische Festsetzungen (§ 9 (1) 4 BBauG, § 123 LBauO)

Die Dachneigung der zweckgebundenen Gebäude ist mit 20° - 38° festgesetzt. Es ist nur braunes und rotes Dacheindeckungsmaterial zulässig. Einfriedungen sind nur als max. 2,0 m hohe durchsichtige Zäune zulässig. Diese sind innerhalb des Pflanzstreifens anzubringen.

Hinweis: Erd- und Bauarbeiten sind gem. § 21 (2) DschPflG rechtzeitig anzuzeigen. Funde müssen unverzüglich gemeldet werden. (§ 17 DschPflG)

Planzeichen

—	Schwarze Linien: Kartierung	■	Öffentliche Verkehrsflächen
—	Straßenbegrenzungslinien	■	Öffentliche Grünfläche "Sportplatz"
—	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches	■	Feldweg
■	Pflanzgebot	■	Sichtfelder
		■	Straßenbegleitgrün

Stand der Planunterlagen: 19.09.1986



AUFSTELLUNGSBESCHLUSS VOM 5.5.1987
DURCH DEN ORTSBÜRGERMEISTER

M. Dümming



DER BEBAUUNGSPLAN HAT NACH BESCHLUSS
DURCH DEN ORTSBÜRGERMEISTER VOM 6.10.1987
IN DER ZEIT VOM 5.11.87 BIS EINSCHL.
8.12.87 NACH § 2a (6) BBauG AUSGELEGEN
DURCH DEN ORTSBÜRGERMEISTER

M. Dümming



DER BEBAUUNGSPLAN WURDE GEMÄSS § 10 DES
BUNDESBAUGESETZES AM 2.2.1988
VOM GEMEINDERAT ALS SATZUNG BESCHLOSSEN
DURCH DEN ORTSBÜRGERMEISTER

M. Dümming



GENEHMIGT
GEHÖRT ZUM BESCHIED VOM 17.07.1989
AZ.: 6/60-610-13/943
KREISVERWALTUNG BAD KREUZNACH

M. Meiborg
Meiborg
Ltd. Kreisrechtsdirektor